Über das Agrar- und Industriestaatproblem im deutschen Wirtschaftsleben.

Auszug

aus einer Schrift zur Erlangung der Würde eines doctor rerum politicarum bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau

vorgelegt von

Max Heyn.

Breslau 1921.

Druck der Breslauer Genossenschafts-Buchdruckerei, E. G. m. b. H.

Gedruckt mit Genehmigung der Rechts-
und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau.
Berichterstatter: Professor Dr. Waldemar Mitscherlich.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts veränderte sich die Struktur der deutschen Volkswirtschaft dahin, daß der ackerbautreibende Teil zurückging, während der gewerbliche sich immer mehr ausdehnte. Das Charakteristikum des ersten Drittels des Jahrhunderts war der Exportagrarismus, das des letzten Drittels der Exportindustrialismus. Diese Verschiebung im Aufbau der deutschen Volkswirtschaft hat Bedenken erweckt, die in der Kontroverse über „Agrarstaat“ und „Industriestaat“ ihren Ausdruck fanden.

Die Bezeichnung „Agrarstaat“ und „Industriestaat“ sind nicht Bezeichnungen für eine Staatsform, sondern für eine Wirtschaftsform; man will vor Augen treten lassen, welcher Berufsstand der Volkswirtschaft den Stempel aufdrückt.

Beim deutschen Agrar- und Industriestaatproblem handelt es sich, nach Adolph W a g n e r, nicht um die Wahl zwischen zwei Prinzipien:

Agrarstaat, gleich Rohstoff- oder Bauernland, oder
Industriestaat, gleich Industrie- und Handelsstaat,

sondern um das Maß, in welchem die agrarstaatliche Gestaltung festgehalten, gesichert oder preisgegeben, die industriestaatliche Entwicklung überhaupt und speziell in ihrer modernen Form des Fabrikatenexports zur Bezahlung des Nahrungsmittelimports im ausländischen weltwirtschaftlichen Verkehr herbeigeführt, gefördert oder in gewissen Grenzen gehalten werden soll.

Der Umfang des Problems ist nicht einheitlich umgrenzt; der Arbeit wurde der weiteste Begriff zugrunde gelegt und die Lösung des Problems mit drei Fragen gleichgesetzt:

1. Ist Deutschland ein Industriestaat?
2. Wie ist die industriestaatliche Entwicklung zu bewerten?
3. Welche Stellung hat man gegenüber der ferneren Entwicklung einzunehmen?

Als Aufgabe der Arbeit wurde betrachtet, einen Überblick über das Problem, d. h. über die Thesen seiner wissenschaftlichen Bearbeiter zu geben, seiner historischen Entwicklung nachzugehen und seine Bedeutung festzulegen.

Die Darstellung bricht mit dem 1. August 1914 ab, da zwar anerkannt wurde, daß auch nach diesem Datum noch ein Agrar- und Industriestaatproblem existiert, die gleichen Fragen noch ihrer Lösung harren; doch ist die Volkswirtschaft, um die es sich handelt, nicht die gleiche geblieben.

Nachdem in der Einleitung die Veränderungen in der Struktur der deutschen Volkswirtschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts geschildert waren, Umfang und Stellung des Agrar- und Industriestaatproblems gegenüber anderen Problemen der Volkswirtschaftspolitik abgegrenzt und Aufgabe und Umfang der Arbeit niedergelegt war, befaßt sich der erste Hauptteil mit der Geschichte des Streites um das Problem, gibt der zweite einen Überblick über die theoretischen Grundlagen.

Der dritte und größte Abschnitt bringt die Dogmatik des Streites und zwar erstens die Kontroverse über den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands, den Streit um die Frage: Ist Deutschland ein Industriestaat?

Der zweite Unterabschnitt behandelt die Kontroverse bei der Bewertung des Überganges vom Agrar- zum Industriestaat: die Meinungsverschiedenheit über die Ursachen des Überganges, über die Konstitution des deutschen Exportindustrialismus und schließlich den Streit über den Einfluß der industriestaatlichen Entwicklung auf Deutschland als ökonomisches, soziales und politisches Gebilde.

Der dritte Unterabschnitt befaßt sich mit dem Inhalt der Forderungen, die an die Wirtschaftspolitik gestellt werden, also mit dem Programm für die fernere Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und sodann mit den Maßnahmen und Mitteln, die man zur Durchführung verlangte.

Die Schlußbetrachtung nahm sich zur Aufgabe, die Bedeutung des Streites über das Agrar- und Industriestaatproblem abzumessen; als Bewertungsgrundlage diente der Widerhall, den der Meinungskampf im Reiche bei Männern der Wissenschaft wie Laien, bei der Regierung wie bei den Parteien, sowie im Auslande gefunden hat.

Dem Verfasser schien gegenüber der absprechenden Beurteilung des Schrifttums über das Problem durch einige Autoren die Wichtigkeit des Streites in der Popularisierung der nationalökonomischen Wissenschaft zu liegen und dies um so mehr, als es sich nicht um ein ausschließlich handelspolitisches Problem handelt, sondern das Agrar- und Industriestaatproblem durch seine jeweilige Lösung das Problem der Gestaltung der gesamten nationalen Produktion, der Art und Höhe ihres Ertrages, dessen Verteilung unter die Bevölkerung, damit des der sozialen Verhältnisse, der ganzen Gesellschaftsverfassung, schließlich der Staatsverfassung selbst und der der nationalen Kultur überhaupt beeinflußte.